

GVFVD THEMA



Protest in der Demokratie

Auszüge aus:
Torsten ist kein Nazi

Protestgeschichte in der
politischen Bildung

Sprache und Protest



Erinnern, inspirieren und trainieren für ein Zusammenleben mit Offenheit und Respekt: Gegen Vergessen – Für Demokratie!

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ein Netzwerk für Menschen, die für eine demokratische Gesellschaft und gegen Extremismus eintreten. Vertreten sind viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Parteien und Altersklassen. Sie diskutieren miteinander, engagieren sich in der historisch-politischen Bildung oder unterstützen den Verein finanziell:

- Mehr als **2.300 Mitglieder** und **40 regionale Arbeitsgruppen** organisieren jährlich Hunderte Veranstaltungen im Bereich der Erinnerungsarbeit und der Demokratieförderung.
- Die **Berliner Geschäftsstelle hilft** mit Bildungs- und Beratungsangeboten, die Diskussionskultur und den Zusammenhalt zu stärken.
- Der **überparteiliche Vorstand** trägt gemeinsame Forderungen und Ideen in die Politik.

Unsere Geschichte zeigt: Demokratie ist wichtig – aber nicht selbstverständlich!

» Und hier ist
Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V.
zu finden:



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, info@gegen-vergessen.de
Kontakt zur Redaktion: redaktion@gegen-vergessen.de

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Stellvertretende Vorsitzende: Iris Gleicke, Christine Lieberknecht, Cem Özdemir, Linda Teuteberg
Ehrenvorsitzender: Bundespräsident a.D. Joachim Gauck

Titelfoto-Collage: Alexander Atanassow

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Ulli Engst, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
ISSN 2944-8476

Die Zeitschrift wird auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt, CO2-Emissionen werden kompensiert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar. Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**



Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

Proteste sind, wie der Historiker Philipp Gassert schreibt, „historisch gewachsener Alltag in Deutschland“ und gleichzeitig tagesaktuell. Ob Klimaschützer oder Windkraftgegner, Landwirte, Antirassisten, Abtreibungsgegner oder Befürworter von Enteignungen: Sie alle setzen Protest als Mittel ein, um möglichst viel öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erregen. Dabei sind Protestformen vielfältig und wandelbar, klassische Demonstrationen oder Streiks gehen heute mit Social-Media-Kampagnen und Online-Petitionen einher.

In der Demokratie erfüllen Proteste wichtige Funktionen. Sie können gesellschaftliche Konfliktlinien sichtbar machen und dazu beitragen, dass das politische System lernfähig bleibt. Wenn einzelne Gruppen glauben, dass ihre Perspektiven in den institutionalisierten Entscheidungsprozessen zu wenig berücksichtigt werden, können sie sich durch Proteste dennoch Gehör verschaffen.

Die Frage, bis zu welchem Punkt Proteste als legitim gelten, wird immer wieder neu diskutiert. Was tun, wenn Proteste die Infrastruktur beeinträchtigen oder gewalttätig werden? Wie damit umgehen, wenn sich in den Protesten eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Demokratie ausdrückt? Die demokratische Kunst besteht darin, sich die Beantwortung solcher Fragen nicht zu einfach zu machen.

In diesem Themenheft zu Protesten in der Demokratie beschäftigen wir uns damit, inwieweit die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl von Protest getragen waren, fragen den Politikwissenschaftler Janek Treiber nach dem Umgang mit den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, gehen der Wirkung von historischen und aktuellen Protesten nach, stellen Protestgeschichte als lohnendes Feld der historisch-politischen Bildung vor und präsentieren dazu Beispiele aus der Praxis.

Die Beiträge zeigen, dass das verbriefte Recht jedes Einzelnen, gegen die Regierung zu demonstrieren, zur DNA jeder demokratischen Verfassung gehört und zugleich ein fundamentaler Vorteil von Demokratien gegenüber autokratischen Systemen ist. Mit Philipp Gassert fügen wir hinzu: Protest „hat eine Zukunft, solange wir in einer Demokratie leben“.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Andreas Voßkuhle

ESSAY 5

Ideologie oder Protest?

ESSAY 11

Protestgeschichte – ein Thema für die historisch-politische Bildung

FAKTEN 15

Über die Wirkung von Protestbewegungen

GUTE BEISPIELE 17

Kommunikationsraum der Polizeiakademie Niedersachsen

Gorleben Archiv

INTERVIEW 8

„Richtig und falsch werden oftmals erst im Nachhinein sichtbar“ – Interview mit Janek Treiber

MEDIENTIPPS 13

In der Nähe

Stadt Land Protest

Protestgeschichte seit 1945

BLOG 19

Sprache als Protest

MEINUNG 21

Jugendprotest ist eine wichtige Form politischer Teilhabe

Ideologie oder Protest?

Über den Umgang mit Wählern der AfD. Auszüge aus dem Gastbeitrag „Torsten ist kein Nazi“ von Andreas Voßkuhle in der Süddeutschen Zeitung vom 12. November 2025

Nach der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und der Konsolidierung der politischen Situation in den Nachkriegsjahren schien es für die meisten Deutschen lange Zeit unvorstellbar, dass die wiedergewonnene Freiheit noch mal ernsthaft gefährdet sein könnte. Nun ist es so weit. Was droht, können wir in vielen Ländern beobachten, die mal zu funktionierenden westlichen Demokratien zählten: Ungarn, Polen, Slowakei, die Türkei, Israel und die USA. (...) Demokratien können sterben, nicht nur durch gewaltsame Umstürze, sondern auch von innen heraus durch ihre gewählten Repräsentanten.

Vor allem in drei Milieus finden die gravierendsten Veränderungen weg von den demokratischen Parteien und hin zur AfD statt.

verhalten nicht gleichmäßig alle Bevölkerungsgruppen umfassen, sondern verschiedene Milieus. Die Studie unterscheidet zehn verschiedene Milieus, die jeweils zwischen acht und zwölf Prozent der aktuellen Bevölkerung ausmachen. Vor allem in drei Milieus finden die gravierendsten Veränderungen weg von den demokratischen Parteien und hin zur AfD statt. Im „Prekären Milieu“ steigerte sich die AfD um 28 Prozent, im „Nostalgisch-Bürgerlichen Milieu“ um 18 Prozent. In der „Adaptiv-Pragmatischen Mitte“ betrug die Zuwächse 19 Prozent. Diese drei Milieus umfassen mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung, Tendenz steigend.

ZUM BILD:



(...)
Die Bundestagswahl 2025 war ein Desaster für das bis dahin etablierte politische System. Eine verdienstvolle Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die Veränderungen im Wahl-

Die Abbildung zeigt, wie die Wähler insgesamt und jeweils die Wähler aus drei der zehn Sinus Milieus® bei der Bundestagswahl 2025 abgestimmt haben. Bei der Betrachtung des Wahlverhaltens im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 fällt vor allem die Zunahme des Anteils der AfD-Wähler im „**prekären Milieu**“ auf. Doch auch in zwei anderen Sinus-Milieus – der „**nostalgisch-bürgerlichen Mitte**“ und der „**adaptiv-pragmatischen Mitte**“ – gab es gravierende Verschiebungen in Richtung AfD. In der Bertelsmannstudie werden diese Milieus wie folgt charakterisiert: „**Die Nostalgisch-Bürgerliche Mitte**“ fühlt sich durch den permanenten Veränderungs- und Modernisierungsdruck verunsichert und bedrängt. Die kulturelle Modernisierung der Gesellschaft, Digitalisierung und Klimawandel werden als Zumutung wahrgenommen. **Die Adaptiv-Pragmatische Mitte** ist ein grundsätzlich zukunftsoptimistisches, veränderungsbereites und modernes Milieu. Es will Probleme lösen und seinen Alltag bewältigen. Machbarkeit geht vor Ideologie. Transformation ja, aber sie muss funktionieren und bezahlbar bleiben.“

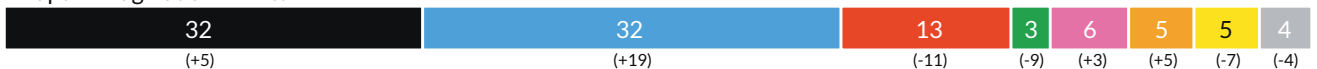
Quelle: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2025 aus Einwurf „Selbstbeschädigung der Mitte – Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in den sozialen Milieus“. Daten: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2021 und 2025), Berechnung der Bertelsmann Stiftung.

Gesamtergebnis der Bundestagswahl 2025



Ergebnisse in den Sinus-Milieus®, in denen die AfD stark hinzugewonnen hat

Adaptiv-Pragmatische Mitte



Nostalgisch-Bürgerliches Milieu



Prekäres Milieu



■ CDU/CSU ■ AfD ■ SPD ■ GRÜNE ■ DIE LINKE ■ BSW ■ FDP ■ Sonstige

Wenn wir Teile dieser stillen Mitte nicht zurückgewinnen, wird das demokratische Zeitalter in der Bundesrepublik Deutschland bald der Vergangenheit angehören.

(...)

Es bröckelt, und zwar gewaltig. Wichtig: Es bröckelt auch in Milieus, die bisher noch gar nicht im Fokus der öffentlichen Debatten stehen. Es handelt sich um eine Art „stille Mitte“. Sicher ist: Wenn wir Teile dieser stillen Mitte nicht zurückgewinnen, wird das demokratische Zeitalter in der Bundesrepublik Deutschland bald der Vergangenheit angehören. Nach den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl waren von den 4,6 Millionen Menschen, die neu die AfD gewählt haben, 1,8 Millionen bisherige Nichtwähler. Ungefähr eine Million Wähler wanderten von der Union, 890.000 von der FDP und 720.000 von der SPD zur AfD. Um diese Zahlen zu bebildern, möchte ich eine imaginäre Person einführen, die so oder leicht anders den meisten von uns vertraut sein dürfte: Nennen wir ihn Torsten Müller.

Torsten Müller wohnt in Nordrhein-Westfalen mit Frau und zwei Kindern in einem Reihemittelhaus, das er von seinen Eltern geerbt hat. Er ist 56 Jahre alt, verbringt gerne Zeit im Garten oder trifft sich mit Freunden regelmäßig beim Seniorenkicken. Ursprünglich hatte Torsten, wie die meisten Männer in seiner Familie, im Bergbau gelernt. Vier Jahre lang war er nach der Schließung der Zeche arbeitslos. Nun ist er Angestellter in einer kleinen Gartenbaufirma. Für Torsten zählen wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu den Grundwerten seines Lebens. Die Gehälter, die sein Lieblingsverein 20-jährigen Fußballprofis zahlt, findet er „pervers“. Die Veränderungen in seinem Stadtteil verunsichern ihn. Immer mehr Läden und Lokale schließen.

Er hat das Gefühl, die Politik spart seinen Heimatort „kaputt“. Kritisch sieht er auch die aus seiner Sicht übermäßige Bürokratie, die er als Hausbesitzer auf Ämtern erlebt. In familiärer Tradition hat Torsten immer SPD gewählt, aber die tut seiner Meinung nach nichts mehr für Leute wie ihn. Die AfD redet Klartext. Da fühlt er sich angesprochen. Auch Friedrich Merz hat ihm bei der letzten Bundestagswahl ganz gut gefallen. Aber letztlich hat er sich für die AfD entschieden. „Es muss mal was passieren!“ Die Umgebung von Torsten reagiert darauf irritiert. Manche halten ihm vor, dass er ein Nazi ist, weil er die AfD gewählt hat, die

Das Abwählen zu untersagen und die AfD zu verbieten, hält er für einen Versuch der Parteien der Mitte, ihre Macht „undemokratisch“ zu sichern.

eigentlich verboten werden müsse wegen ihrer klar rassistischen und volksverhetzenden Parolen. Torsten weiß um die Verfolgung von Juden und Sozialdemokraten in der Zeit des Nationalsozialismus. Sicher, einzelne AfD-Vertreter seien zu radikal, am Ende würden sich aber die Gemäßigten durchsetzen. Andere werfen ihm vor, es sei undemokratisch, die AfD zu wählen. Diesen Vorwurf findet Torsten infam: Nach seinem Verständnis ist es doch gerade das, was Demokratie ausmacht. Regierungen und Parteien dürfen abgewählt werden. Das Abwählen zu untersagen und die AfD zu verbieten, hält er für einen Versuch der Parteien der Mitte, ihre Macht „undemokratisch“ zu sichern.

Seine alten Vereinsfreunde, mit denen er zum Teil schon die Schulbank drückte, laden ihn nicht mehr zum Seniorenkicken ein. Das ist für Torsten ein harter Verlust. Er ist deshalb sehr wütend und maßlos enttäuscht. Seit Kurzem besucht er regelmäßig einen AfD-Stammtisch. Letzte Woche haben ihn nun alte Freunde mit guten Absichten zu einer Veranstaltung eingeladen, die unter dem Motto stand: „Verteidigt die Demokratie!“ Zu Veranstaltungen, bei denen Demokratie im Titel steht, geht Torsten aber schon lange nicht mehr. Er will, dass sich endlich etwas verändert.

Es wäre ein fataler Fehler, um die Stimmen dieser Menschen nicht mehr zu kämpfen!

An Torsten Müller können wir erkennen, dass es nicht leicht ist, AfD-Wähler zu erreichen. Moralische Entrüstung und Ausgrenzung helfen nicht oder wenig. Natürlich macht es fassungslos, dass so viele Menschen, zumal aus der stillen Mitte unseres Landes mit seiner Geschichte, die AfD wählen. Die Partei macht aus ihrer Gesinnung ja keinen Hehl. Aber: 2,7 Millionen der AfD-Neuwähler geben an, dies aus Enttäuschung und nicht aus programmatischer Überzeugung getan zu haben. Es wäre ein fataler Fehler, um die Stimmen dieser Menschen nicht mehr zu kämpfen!

(...)

Drei Vorschläge:

1. Wir machen unseren Staat handlungsfähiger.

Menschen möchten in einem Land leben, in dem Dinge, die sie für ihr Leben als essenziell empfinden, vorhanden sind und funktionieren. Sie erwarten, dass der Staat sie vor sozialen Notlagen absichert und eine intakte Infrastruktur zur Verfügung stellt. Das ist in Deutschland nicht mehr der Fall: Schulen, Brücken, Straßen und Schienen sind in weiten Teilen marode. Wir sind nicht mehr ver-

» ZUM BILD:

Gasthof Bolando in Bollschweil: Hier haben Einwohner einen genossenschaftlich organisierten Ort für Begegnung geschaffen. Foto: Andreas Schwarzkopf / wikimedia



Deshalb brauchen wir eine große Staatsreform, die diesen Namen verdient.

teidigungsfähig. Die Versorgung mit bezahlbarer Energie wird nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine immer schwieriger. Die Digitalisierung wurde verschlafen, der Klimawandel nur halbherzig bekämpft. Uns fehlen Innovationen und Wirtschaftswachstum. Wir leiden unter zu komplexen Verwaltungsabläufen und Überregulierung. Deshalb brauchen wir eine große Staatsreform, die diesen Namen verdient.

(...)

2. Politiker und Mitglieder des öffentlichen Dienstes müssen glaubwürdig Veränderungsbereitschaft ausstrahlen. Davon, dass unsere Welt in Veränderung begriffen ist, reden seit Jahrzehnten alle. Was sind die Schlussfolgerungen? Rechtspopulisten geben darauf immer eine einfache Antwort: „Alles kann und soll so bleiben, wie es ist. Die Welt muss sich nach deinen Kontinuitätsbedürfnissen richten.“ Diese Position können Demokraten, die die Wirklichkeit gestalten wollen und müssen, nicht übernehmen.

Letztlich wird man nur über direkte Gespräche und ein ehrliches Verstehen-Wollen des Gegenübers Vertrauen gewinnen können, nicht über Kontaktvermeidung und zur Schau gestellte Moral.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle ist Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a.D., Professor am Lehrstuhl für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie der Universität Freiburg im Breisgau und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wir danken der Süddeutschen Zeitung für die Erlaubnis zum Abdruck der Auszüge. Den vollständigen, originalen Artikel finden Sie kostenpflichtig hier:



(...)

3. Wir brauchen mehr Begegnungsorte. Gerne wird als Mittel der Wahl für die Rückgewinnung demokratiemüder Bürgerinnen und Bürger auf die politische Bildung verwiesen. Damit macht man nichts falsch. Wir müssen uns aber fragen, wen wir erreichen mit unseren Angeboten der politi-

Wir, die Bürgerinnen und Bürger, organisieren, wie wir gemeinsam leben wollen. Und jeder hier ist willkommen!

schen Bildung. Die meisten Menschen lassen sich nicht gerne belehren. Letztlich wird man nur über direkte Gespräche und ein ehrliches Verstehen-Wollen des Gegenübers Vertrauen gewinnen können, nicht über Kontaktvermeidung und zur Schau gestellte Moral. Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. plädiere ich deshalb für viel mehr niedrigschwellige Begegnungen, nicht im Netz, sondern im Ort!

(...)

In Bollschweil, einer Gemeinde unweit von Freiburg, befindet sich der Gasthof Bolando. Er wird von einem Teil der Bewohner des Ortes als Genossenschaft betrieben, um einen Ort für Begegnungen zu schaffen, den es dort nicht mehr gab. Das ist nicht immer einfach, aber hier wird die Uridee der Demokratie greifbar: Wir, die Bürgerinnen und Bürger, organisieren, wie wir gemeinsam leben wollen. Und jeder hier ist willkommen! ■

„Richtig und falsch werden oftmals erst im Nachhinein sichtbar“

Janek Treiber zum Umgang mit Protesten gegen die Corona-Maßnahmen

In Sachsen war der Widerstand gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten in der Corona-Pandemie besonders stark. Der Politikwissenschaftler Janek Treiber von der Technischen Universität Dresden begleitete in dieser Zeit Bemühungen von Verantwortlichen in sächsischen Kommunen, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Pandemie und die Maßnahmen dagegen in den Dialog zu treten. Im Interview berichtet er über sein Fazit zum Umgang mit den Protesten.

Wie bewerten Sie im Rückblick den staatlichen Umgang mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen?

Ambivalent. Grundsätzlich blieben die Grundrechte der Protestierenden hinsichtlich der Demonstrationsfreiheit gewahrt. Schwierig ist, dass es je nach Bundesland so viele unterschiedliche Regelungen gab. Und teilweise gab es Bestimmungen, die vom allgemeinen Menschenverstand her nicht sinnvoll waren. Ich denke zum Beispiel daran, dass es zu einem Zeitpunkt wieder möglich war, Gottesdienste abzuhalten, Demonstrationen mit mehr als zehn Menschen jedoch nicht. Teils wurden solche Regeln später von Gerichten für statthaft erklärt, andere für unzulässig. So oder so fördern derlei Bestimmungen das Vertrauen in den Staat nicht.

Auf der anderen Seite hatten die Proteste zum Teil extreme Formen angenommen. Ich weiß nicht, ob Sie sich an den Fackelzug erinnern, der zur Privatwohnung der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping führte? So etwas ist nicht tolerabel.

Haben Sie weitere Beispiele für extreme Proteste?

Die Großdemos in Berlin mit dem versuchten Sturm auf den Reichstag natürlich. In Sachsen gab es die Strategie, an vielen Orten gleichzeitig zu protestieren und so die Sicherheitskräfte zu überfordern. In der Hochzeit gab es in etwa der Hälfte der sächsischen Kommunen Corona-Proteste. Die Polizei kann nicht in entsprechender Stärke überall sein. Zudem haben teilweise rechtsextreme Akteure versucht, dort sichtbar zu werden und die Proteste zu dominieren.

Welche Auswirkungen hatten diese Proteste kurz- und längerfristig?

Kurzfristig suggerierte das Störpotenzial der Proteste, der Staat sei nicht handlungsfähig. Lang-

fristig sehen wir, dass sich ein neues, generell unzufriedenes Milieu herausgebildet hat. Bei den Protesten haben sich Gruppen miteinander verbunden, die ohne die Pandemie nichts miteinander zu tun gehabt hätten. Die Verbindung von Rechtsextremen und einem esoterisch-alternativen Milieu ist ein Beispiel dafür.

Die Dynamik der Corona-Proteste erwies sich als längerfristig anschlussfähig an viele Gruppen. Die fremdenfeindliche Dresdener Pegida-Bewegung hat sich mittlerweile aufgelöst, doch es gibt noch immer regelmäßig kleinere Proteste. Diese werden von Leuten geprägt, die sich in der Coronazeit einen Namen in der Protestbewegung gemacht haben. Sie konnten damals mit einer „Wir sind gegen alles“-Agenda mobilisieren und tun das bis heute. Kernaussage: Der Staat ist an sich ein dysfunktionales Konstrukt.

Wer genau protestiert da?

Das ist nicht einfach auf den Punkt zu bringen, weil die Bewegung sehr heterogen ist. Sie haben den klassischen Bereich der Rechtsextremen, vor allem Männer jüngeren und mittleren Alters, die ohnehin an der Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung interessiert sind und schon früher im Verfassungsschutzbericht standen. Die „Freien Sachsen“ sind zum Beispiel während der Pandemie massiv stärker geworden. Daneben sehen Sie ein Milieu, das unser politisches System nicht aktiv bekämpft, die derzeitige Funktionsweise aber ablehnt und sich zum Beispiel für mehr Volksentscheide einsetzt. Menschen aus dieser Gruppe haben vielleicht ein verengtes Bild von Demokratie, sind aber nicht als Antidemokraten zu bezeichnen. Dazu kommt ein esoterisches Milieu, zu dem auch viele Frauen zählen. Außerdem eine eher unspezifische Gruppe, die sich in der Zeit der Pandemie nur über dieses eine Thema politisiert hat. Sie sehen bei den Protesten auch alle Generationen. Diese Protestierenden sind schwer in Kategorien zu fassen.

Das macht es wahrscheinlich für den Staat schwieriger zu entscheiden, welche Reaktion angemessen ist.

Ja, denn entscheidend ist, wie ich die Proteste einschätze: Sind die Protestierenden nur arme Schäfchen, die auf den falschen Weg geraten sind und denen wir nur genug zuhören müssen, oder sagen wir, das sind alles gefährliche Rechtsradikale, die die harte Hand des Staates spüren müssen. Dabei

ZUM BILD:

Ein Bürgerdialog im Konzert- und Ballhaus Tivoli in Freiberg/Sachsen.
Foto: Janek Treiber



ist zu bedenken: Wenn ich auf Repression setze, produziere ich auch Bilder wie die von Senioren, die während einer Demonstration von Polizeikräften zu Boden gerungen werden. Dann rotiert diese Videos eine Woche lang in den einschlägigen Telegram-Gruppen.

Gerade in Sachsen war die Wahrnehmung oft, dass Sicherheitskräfte sehr hart mit den Gegenprotesten umgegangen sind. Vorher herrschte stark vereinfacht gesagt das subtile Gefühl, Polizisten seien rechtskonservativ eingestellt und würden bei linken Demos härter eingreifen als bei rechten. Und nun erfuhren Demonstranten gegen Corona-Maßnahmen, die sich nicht regelkonform verhielten oder sogar Polizeikräfte angriffen, dass diese bei ihnen ebenfalls massiv reagierten und Demonstranten zurückdrängten, einkesselten, einzelne Leute herauszogen und gewaltsam zu Boden brachten oder die Demo ganz auflösten. Ihr Fazit war daher: Wir sind Opfer des Repressionsapparates.

Sie haben während der Corona-Pandemie Projekte begleitet, bei denen Kommunen versuchten, Bürgerdialoge zu initiieren. Wo lagen die Potenziale und Grenzen des Versuchs, in dieser Form auf die Menschen zuzugehen?

Die Potenziale waren begrenzt. Ein häufiger Fehler in Kommunen bestand darin, Beteiligung als Arena zu begreifen, in der sich Meinungsführer gegensätzlicher Lager verbal bekämpfen – zugespitzt gesagt: auf der einen Seite diejenigen, die am liebsten drei Masken übereinander tragen würden und fünfmal geimpft sind, auf der anderen Seite diejenigen, die eher auswandern würden, als sich an irgendwelche Maßnahmen zu halten. Das konnte nicht funktionieren. Sinnvoll waren die Dialoge hingegen für Menschen, die nicht radikalisiert, aber verunsichert waren. Ihnen sollte ein Stück Sicherheit vermittelt werden, etwa durch transparente Informationen darüber, wie die Verfahren und Zuständigkeiten aussahen. Denn die Kommunen waren meist nur

für die Umsetzung der Regeln verantwortlich, die auf anderen politischen Ebenen beschlossen wurden. Dies zu verdeutlichen erleichterte es, den Blick auf die Zukunft zu richten: Wie geht es jetzt weiter?

Ich erinnere mich an einen Bürgerdialog in Freiberg. In der Universitätsstadt mit rund 40.000 Einwohnern gab es regelmäßig große Proteste mit 2.000 Teilnehmenden. Dort half es, die lokalen Gewerbetreibenden einzubinden und mit ihnen darüber ins Gespräch zu kommen, wie wir als Gesellschaft mit der Situation umgehen können.

Gibt es überhaupt Mechanismen abseits der Repression, mit denen man auf radikalisierte Leute hätte reagieren können?

Die Antwort bleibt hypothetisch, weil wir keine Vergleichsgruppen dazu haben. Aber ich glaube, dass stärker abgestufte Anti-Corona-Maßnahmen hilfreich gewesen wären. Warum musste ein 21-jähriger Student denselben Beschränkungen unterliegen wie eine hochbetagte Frau im Pflegeheim? Zudem hätte es einer besseren Kommunikation bedurft. Es reichte nicht aus, sich die jeweils neue Allgemeinverfügung auf der Website des Landkreises herunterladen zu können.

Wir brauchen nun eine konsequente Aufarbeitung. Es gibt Enquetekommissionen und Untersuchungsausschüsse, doch deren Ergebnisse müssen transparent gemacht werden. Die Menschen brauchen die Gewissheit, dass im nächsten Fall einer Pandemie koordinierter gehandelt wird.

Was können wir aus den Erfahrungen der Pandemie für Beteiligungsformate lernen?

In hoch emotionalisierten Situationen gilt: Sie können nicht 100 oder 300 Menschen in eine Turnhalle packen und sagen: So, wir reden jetzt mal darüber, dass eure Freiheit gar nicht so stark eingeschränkt ist. Das gilt für alle emotional aufgeladenen Themen – sei es Asyl, die Energiewende oder andere

ZUM BILD:

Janek Treiber
Foto: André Wirsig



gesellschaftliche Konflikte. Jeder Partizipationsforscher wird sagen, dass solche Veranstaltungen ein Beispiel für schlechtes Beteiligungshandwerk sind; es gibt ganze Handbücher dazu. In solchen Situationen muss Dialog in kleineren Gruppen organisiert werden.

Funktionierende Konzepte sind solche, in denen Menschen die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren und zugleich erleben, dass aus dem Gesagten Konsequenzen folgen. Und sei es nur, dass eine Stadt ihre Kommunikationsstrategie überarbeitet. Was es dagegen nicht braucht, ist bloße Gesprächstherapie. Einmal darüber zu reden, kann entlasten, aber nach drei Malen hat man keine Lust mehr.

Und die Erfahrung zeigt: Menschen, die sich bereits stark radikalisiert haben und den Staat ablehnen, lassen sich durch ein bisschen Bürgerdialog nicht wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückholen.

Und welche Lehren ziehen Sie für den Umgang mit Protesten?

Protest muss prinzipiell erlaubt sein, solange er sich nicht in gewalttätiger Form abspielt oder sich konkret auf einen Systemumsturz richtet. Das ist in Deutschland gewährleistet. Ich kann gegen die Regierung demonstrieren, ich kann auch gegen die Polizei demonstrieren – und meine Demonstration wird trotzdem von der Polizei geschützt. Es gehört zum Wesen eines demokratischen Rechtsstaats, solche Spannungen auszuhalten und auch absurde Forderungen zuzulassen.

Wenn Sie in Dresden an einem Samstag auf die Prager Straße, also auf die Einkaufsstraße, wollen und an der Haltestelle angekommen sind, gehen Sie als Erstes am Stand der Falun Gong-Glaubensgemeinschaft vorbei, die auf Organraub in China aufmerksam macht. Als nächstes begegnet Ihnen dort der sogenannte „Kommunist von der Prager Straße“: ein älterer Herr, der mit der Flagge der Sowjetunion herumläuft, Menschen anspricht und sie zu überzeugen versucht, dass der Kommunismus die Lösung sei. Weiter hinten bieten Ihnen die Zeugen Jehovas dann noch einen „Wacht-

turm“ an. Man kann das alles abstrus finden, aber all diese Menschen haben das Recht, da zu sein. Genauso wie Menschen, die in Reaktion auf Konflikte in anderen Regionen der Welt protestieren. Auch sie haben das Recht, hier in Deutschland auf die Straße zu gehen. Das ist sehr wichtig und global gesehen nicht selbstverständlich. Andersorts geraten Protestierende auf schwarze Listen, werden verhaftet oder bekommen persönliche oder berufliche Probleme.

Woran erkenne ich, dass eine Grenze des Tolerablen überschritten ist?

Auch das lässt sich aus der Corona-Pandemie lernen: Es ist jeweils eine sehr dynamische Aushandlungsfrage, was wir tolerieren können und was nicht. Oftmals werden richtig und falsch erst im Nachhinein sichtbar. Meine persönliche Richtlinie ist, so viel wie möglich zuzulassen.

Dabei muss klar sein: Wer Gesetze bricht, muss mit einer staatlichen Reaktion rechnen. Sei es beim Festkleben auf der Straße oder beim Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz. Zur Dynamik des Geschehens gehört aber, dass die Rechtslage nicht immer klar und konsistent ist. Wenn das Verfassungsgericht zwei Jahre später zum Schluss kommt, dass die Bestrafung nicht in Ordnung war, oder wenn eine Enquetekommission zu diesem Schluss kommt, gehört das zum Verfahren dazu. Dann braucht es eine Aufarbeitung.

Es macht aber einen großen Unterschied, ob ich ein Verwarngeld bekomme, weil ich gegen Demo-Auflagen verstoßen habe, oder ob ich ohne Anklage in irgendeinem dunklen Bunker verschwinde, weil der Staat sagt: Der muss weg! Das ist der entscheidende Punkt.

Sehen Sie auch positive Effekte der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen?

Die freiheitliche Ordnung wird gern als Serviceleistung verstanden, für die man nichts beitragen muss, weil sie einfach da ist. Das ist aber nicht der Fall. In der Pandemie haben wir gesehen, dass Freiheitsrechte fragil sind. Sie können etwa durch Zensur oder Massenüberwachung schnell eingeschränkt werden. Es ist gut, wenn daraus ein Bewusstsein dafür entsteht, dass Demokratie und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind und wir die nicht nur konsumieren können. Es ist sinnvoll, wenn Menschen auch in der Demokratie ihr Verhältnis zum Staat kritisch hinterfragen. Die Kehrseite ist allerdings, dass manche sich dabei in absurde Verschwörungstheorien verfangen oder Extremisten nachlaufen. ■

Die Fragen stellten Liane Czeremin und Dr. Dennis Riffel.

LITERATUR

Janek Treiber (2022): *Unbeugsamer Protest? Umgang mit Corona-Leugner*innen und Maßnahmengegner*innen aus Sicht der Bürgerbeteiligung in Sachsen*, in: *FJSB 2022*, 35 (1): S. 237–249, [online; zu Redaktionsschluss].



Protestgeschichte – ein Thema für die historisch-politische Bildung

Ulli Engst

Es ist fast unmöglich, sich mit den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu beschäftigen, ohne nicht früher oder später auf das Thema Protest zu sprechen zu kommen.

Die Beschäftigung mit demokratischer Protestgeschichte kann kritisches Denken fördern und den Wert von Zivilcourage sowie politischem Engagement verdeutlichen.

Demonstrationen von Fridays for Future, Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, die Black Lives Matter-Bewegung, Aktionen der Letzten Generation, Kundgebungen für oder gegen eine strengere Migrations- und Asylpolitik, Friedensbewegungen verschiedener politischer Lager, Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus – all diese Protestbewegungen der vergangenen Jahre spiegeln den gesellschaftlichen Diskurs und teilweise seine aktivistische Zuspitzung wider.

Ein tieferes Verständnis dafür, wie Proteste funktionieren und welche Rolle sie spielen, ist unerlässlich, um sich in der Gegenwart zurechtzufinden, gerade angesichts gesellschaftlicher Spannungen und politischer Konflikte.

Entsprechend ist auch Protestgeschichte nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern hat eine unmittelbare Relevanz für die Gegenwart. Die historisch-politische Bildung kann Angebote schaffen, die eine Brücke zwischen diesen Zeitebenen schlagen und aufzeigen, welche Parallelen und Unterschiede es zwischen historischen und aktuellen Protestbewegungen gibt. Dynamik und Lebendigkeit vieler protesthafter Ereignisse bieten eine große Chance für die Vermittlungsarbeit, um das Thema innovativ und kontrovers darzustellen.

Die Beschäftigung mit demokratischer Protestgeschichte kann kritisches Denken fördern und den Wert von Zivilcourage sowie politischem Engagement verdeutlichen. Außerdem zeigt sie potenziell die Chance auf einen gesellschaftlichen Wandel und die Rolle des Individuums darin. Sie kann Menschen ermutigen, sich selbst in demokratische Prozesse und die Gesellschaft einzubringen.

Grundlage jeder Auseinandersetzung mit demokratischer Protestgeschichte ist die Einordnung in den jeweiligen historischen Kontext.

Protest in unterschiedlichen demokratiegeschichtlichen Kontexten

Grundlage jeder Auseinandersetzung mit demokratischer Protestgeschichte ist die Einordnung in den jeweiligen historischen Kontext. Dabei muss betont werden, was für Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten das zeitgenössische System den Menschen bot, welche es zuließ und wogegen es aktiv mit Unterdrückung vorging. Hier kann das Konzept der sich teilweise überschneidenden Phasen der Demokratiegeschichte ein sinnvolles Werkzeug sein, das Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. erarbeitet hat und in mehreren Broschüren verwendet: „Demokratie erkämpfen“, „Demokratie etablieren“, „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ sowie „Demokratie verteidigen und verlieren“.

Die Anregung zu einer Auseinandersetzung über die Legitimität historischer Proteste, explizit in Abgrenzung zu ihrer Legalität, sollte ein zentrales Ziel jedes Geschichtsformats in diesem Themenfeld sein. So ist beispielsweise die Frage danach, ob bestimmte Protestierende Vorbild oder eher abschreckendes Beispiel sind, ohne Berücksichtigung der demokratiegeschichtlichen Umstände nicht zu beantworten, unter denen die historischen Akteur:innen handelten. Dabei kann sich beispielsweise die biografische Arbeit mit historischen Persönlichkeiten auf konkrete Handlungen Einzelner innerhalb eines größeren Protests oder einer Bewegung fokussieren. Dies erleichtert den Zugang und bietet Anknüpfungspunkte für ihr eigenes Handeln.

Trotz einer notwendigen Reduzierung komplexer historischer Zusammenhänge, die für alle Formate jenseits des akademisch-geschichtswissenschaftlichen Bereichs gilt, dürfen Rezipient:innen hier durchaus einer gewissen Ambivalenz historischer Persönlichkeiten und ihrer Handlungen ausgesetzt werden. Ihre Geschichten, Hintergründe und Motivationen sind in den wenigsten Fällen eindeutig, sondern voller Widersprüche, die Raum zur Debatte bieten.

Interaktive Formate wie Plan- oder Rollenspiele können hierbei ein nützliches Werkzeug sein, um diese vielschichtigen und vielseitigen Perspektiven historischer Akteur:innen zu erklären und ein Stück weit nachvollziehbar zu machen. Die lebhaftige Dynamik von Protest kann hier für die Vermittlungsarbeit

ZUM BILD:

Proteste gegen die Corona-Maßnahmen am 28. August 2020 vor dem Brandenburger Tor.
Foto: Superikonoskop/ wikipedia



LITERATUR

Annalena Baasch, Ulli Engst:

Umgang mit historischen Ambivalenzen in der historisch-politischen Bildung, in: Susanne Kitschun, Johann Gerlieb, Paul Schmitz (Hrsg.): *Die Revolution 1848/49. Ambivalenzen der Demokratiegeschichte*. Berlin 2023, S. 4–7.

Michael Parak, Ulli Engst: *Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können*. Berlin 2022.

Dieser Beitrag findet sich ausführlicher in der Publikation: **Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch** (Hrsg.): *Protestgeschichte als Teil der Demokratiegeschichte. Die Rolle demokratischen Protests*. Berlin 2025, S. 84–90, [online]



genutzt werden. Vermieden werden sollten jedoch ein Abdriften ins Plakative und die Reproduktion stereotyper Gut-Böse-Schemata. Dies würde sonst zum gegenteiligen Resultat führen und historischen Erkenntnisgewinn im Sinne einer ambivalenten Demokratiegeschichte erschweren.

Bewertungen von (un)demokratischen Protesten

Nicht zuletzt können zentrale Fragen der Bildungsarbeit sein, unter welchen Umständen protesthafte Handlungen überhaupt demokratisch sind, wo Grenzen verschwimmen und wann bestimmte Handlungen als undemokratisch einzuordnen sind.

Die Vermittlungsarbeit muss rote Linien zu eindeutig undemokratischem Verhalten – innerhalb des jeweiligen historischen Rahmens – ziehen und mögliche geschichtsrevisionistische Vereinnahmungen historischer Proteste offenlegen, etwa aus dem rechtsextremen Spektrum. Aber ein Geschichtsformat der historisch-politischen Bildung gibt die normative Bewertung einer historischen Protestbewegung im Idealfall nicht vor. Vielmehr liefert es Werkzeuge zur eigenständigen Erarbeitung dieser Einschätzung.

Besonders kontrovers, dadurch womöglich aber auch diskursintensiv, sind dabei diejenigen historischen Proteste und Bewegungen, die zwar inhaltlich nicht demokratisch waren, sich aber dennoch gegen eine Autokratie oder Diktatur richteten. Sie können als Vorlage dafür dienen, Ambivalenzen und Graustufen des Phänomens Protest zu verdeutlichen.

Machtstrukturen in Vergangenheit und Gegenwart

Protestgeschichte macht auch sichtbar, wer gesellschaftliche Veränderungen auf welche Weise vorgebracht hat und wie diese Menschen dabei an demokratischen Prozessen beteiligt waren. Die historisch-politische Bildung kann hier Reflexionsräume eröffnen, in denen eine Diskussion über Macht und gesellschaftliche Partizipation möglich wird.

Proteste helfen dabei, verschiedene Perspektiven auf ein und dasselbe Thema dynamisch zu erklären. Die Geschichte demokratischer Protestbewegungen zeigt, dass Protest ein wirksames Instrument sein kann, um auf gesellschaftliche Missstände hinzuweisen und die Herrschenden aufzufordern, diese Probleme anzugehen.

Hierbei kann das Format des Zeitzeug:innenge-sprächs große Wirkung entfalten. Zum Beispiel können an historischen Protesten Beteiligte verschiedene Perspektiven schildern, etwa aus der Sicht von Protestierenden auf der einen und von Polizist:innen auf der anderen Seite. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, dass die früheren Konfliktlinien weiterhin bestehen und altbekannte Verhaltensmuster und Gegensätze zutage treten. Besteht jedoch auf beiden Seiten die grundsätzliche Bereitschaft dazu, kann die Vermittlungsarbeit hier einen Beitrag zu noch fehlender Aufarbeitung leisten. Die Bildungsarbeit sollte auf jeden Fall Polarisierungen, Vereinfachungen und Zuspitzungen auf allen Seiten zumindest einordnen, selbst wenn diese nicht ganz vermeidbar sind.

So oder so hat die Vermittlung an authentischen Orten des Protests bzw. an Orten des Erinnerns eine besondere Qualität.

Selbstwirksamkeit durch Protest

Darüber hinaus können bestimmte Bildungsformate verdeutlichen, dass im Protestieren ein großes Potenzial von Selbstermächtigung liegt. Auch wenn nicht alle vergangenen Proteste erfolgreich waren, kann die Auseinandersetzung mit ihnen zeigen, dass ihr Nutzen für die Protestierenden weit über eine Erfolg-oder-Scheitern-Rechnung hinausgeht.

Hier sind viele Anknüpfungspunkte denkbar. Demokratischer Protest kann sich im klassischen Straßenprotest, auf Demonstrationen oder in Kundgebungen widerspiegeln. Dass sich Protest aber auch in kritischem Konsum oder dem Hören eines bestimmten Musikgenres zeigen kann und Beteiligung damit für nahezu jede:n Bürger:in eine Opti-

on ist, wird nicht allen bewusst sein. Demokratische Protestgeschichte kann hier konkrete Inspiration für das Handeln im Hier und Jetzt liefern.

Zielgruppen, die über klassische Bildungsangebote nicht erreicht werden, könnten Zugang zur Auseinandersetzung über kreative und künstlerische Vermittlungsformate erhalten, etwa über Street Art im städtischen Raum oder Theater. Das Gefühl der Selbstwirksamkeit wird dabei sowohl über die historischen Inhalte vermittelt als auch über Formate, in denen die Rezipient:innen unmittelbar künstlerisch tätig werden können.

Auch die lokale Verankerung von Protesten kann einen persönlichen Zugang bieten. Zum einen sind hier regionale Protestbewegungen zu nennen, die ein bestimmtes Thema erst auf die nationale Ebene gehoben haben und die für das Selbstverständnis vor Ort nicht zu unterschätzen sind. Zum anderen kann auch die Auseinandersetzung mit regional begrenzten Ereignissen ein vielversprechender Weg für die Bildungsarbeit sein. So oder so hat die Vermittlung an authentischen Orten des Protests bzw. an Orten des Erinnerns eine besondere Qualität. ■

Ulli Engst ist wissenschaftlicher Referent in der Fachgruppe Demokratieentwicklung & Konfliktbearbeitung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

MEDIENTIPP

Lokale Proteste: Wer ist die Mehrheit?

» BUCHTIPP:



Simon Strauss:
In der Nähe. Vom politischen Wert einer ostdeutschen Sehnsucht, Stuttgart 2025, Tropen Verlag, Gebundene Ausgabe, 240 Seiten, 24,00 €

In der uckermärkischen Kreisstadt Prenzlau, einer Kreisstadt mit 19.000 Einwohnern, kreisen 2023 viele Debatten um den Bau eines zweiten Flüchtlingsheims. Etwa 15.700 Menschen unterschreiben einen öffentlichen Aufruf gegen dieses Vorhaben. Auf einer aufwühlenden Bürgerversammlung versuchen Mitarbeitende der Kreisverwaltung, ihren Bauplan zu begründen. Im Föderalismus sei der Landkreis zur Unterbringung von Flüchtlingen verpflichtet, das Kreisparlament habe dem zugestimmt. So laufe es in einem Rechtsstaat und in einer repräsentativen Demokratie.

Die Mehrheit der Anwesenden überzeugt das nicht. Sie begreifen das Ergebnis ihrer Unterschriftenaktion als Ausdruck direkter Demokratie. Der Wille der Mehrheit der Bürgerschaft sei eindeutig, das Vorhaben der Kreisverwaltung undemokratisch. Aus der AfD sind ein Landes- und ein Bundestagsabgeordneter anwesend. Sie stellen sich als Sprachrohr der Mehrheit dar und bekommen aus anderen Parteien kaum Widerspruch. SPD und CDU sind in der Versammlung nicht prominent vertreten.

Es sind solche anschaulichen Beispiele, die das Buch von Simon Strauss lesenswert machen. Der Autor war bisher vor allem für seine Beiträge im Feuilleton der FAZ sowie für seine Erzählungen und Novellen bekannt. In seinem ersten Sachbuch teilt er Beobachtungen, die er bei Besuchen in der eigenen Heimatstadt gemacht hat, und zeigt anhand dieser Momentaufnahmen, wie sich „große“ politische und gesellschaftliche Debatten und Konflikte im „Kleinen“ vor Ort konkret darstellen. Dabei verzichtet er weitgehend auf Wertungen und lässt seine Interviews und Beobachtungen für sich sprechen.

Wer einen Eindruck von Gemengelagen in ostdeutschen Kleinstädten bekommen will und damit auch von Bedingungen für den Erfolg der AfD, findet in dieser Beschreibung viele Hinweise. Deutlich greifbar wird der Faktor der räumlichen Nähe. Auch wenn heute vieles auf Social Media verhandelt wird, findet Politik weiterhin auch vor Ort in der konkreten Auseinandersetzung statt. Vor allem sind die Auswirkungen der Bundespolitik hier unmittelbar spürbar. ■

Dierk Borstel, Professor für praxisorientierte Politikwissenschaft an der FH Dortmund

Proteste und ihre Dynamiken vor Ort

» BUCHTIPP:

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.
 (Hg.): *Digitaler Fachtag 2024. Stadt, Land, Protest. Kommunale Dynamiken gesamtgesellschaftlicher Bewegungen, Salzwedel 2024, kostenlos online als pdf verfügbar:*



Ob Montagsdemonstrationen, Bauernproteste oder Widerstände gegen Windkraftanlagen: Proteste prägen immer wieder den politischen Alltag in deutschen Kommunen. Der Tagungsband „Stadt, Land, Protest“ beschäftigt sich mit den Dynamiken, die gesellschaftliche Bewegungen in Kommunen aus-

lösen, und mit den Möglichkeiten, mit diesen vor Ort konstruktiv umzugehen. Laut den Herausgebern vom Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung (K3B) des VFB Salzwedel e.V. stellen Proteste „ein zentrales Mittel dar, um Meinungen und Forderungen öffentlich zu artikulieren, insbesondere dann, wenn Protestierende das Gefühl haben, dass ihre Anliegen auf anderen Wegen nicht hinreichend Gehör finden. Als eine Form der politischen Partizipation machen Protestierende ihren Gestaltungsanspruch geltend und lenken Aufmerksamkeit auf wahrgenommene Missstände. Zugleich verkörpern Proteste einen Wunsch nach Veränderung und können Impulse für Wandel in der (kommunalen) Gesellschaft setzen.“ Die Autorinnen und Autoren, die sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der kommunalen Praxis kommen, setzen sich auch damit auseinander, wie konfliktbehaftete Aushandlungsprozesse, die eigentlich komplexe nationale oder globale Zusammenhänge betreffen, das Zusammenleben vor Ort beeinträchtigen können.

Der Band überzeugt mit einer Mischung aus Analysen, Erfahrungsberichten und Handlungsempfehlungen und verdeutlicht dabei einen großen Bedarf an Gesprächsräumen. Für alle Menschen, die vor Ort Verantwortung für das Miteinander tragen und sich in Initiativen, Vereinen oder der lokalen Politik engagieren, enthält er spannende Impulse. ■

Deutsche Protestgeschichte seit 1945

» BUCHTIPP:



Wer sich mit deutscher Protestgeschichte beschäftigen will, kommt an der Publikation „Bewegte Gesellschaft“ des Mannheimer Zeitgeschichtsprofessors Philipp Gassert nicht vorbei.

Gasserts Werk bietet eine umfassende Darstellung der Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Protestbewegungen in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Gassert zeichnet die deutsche Protestgeschichte chronologisch nach und berücksichtigt sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR. Beginnend mit Protesten in der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigt er, wie sich Formen und Ziele von Protest im Laufe der Jahrzehnte wandelten. Wichtige Stationen sind unter anderem der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

in der DDR, die Studentenbewegung der 1960er Jahre sowie die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, etwa die Friedens- und Umweltbewegung. Gassert analysiert auch globalisierungskritische Proteste, migrationsbezogene Konflikte und neue Formen politischer Mobilisierung. Dabei wird deutlich, dass Protest die Funktion demokratischer Teilhabe erfüllen kann – aber auch als Ausdruck antidemokratischer Positionen fungiert.

Philipp Gassert zeigt anschaulich und in gut verständlicher Sprache am Beispiel der deutschen Nachkriegsgeschichte, dass Protest ein integraler Bestandteil demokratischer Gesellschaften ist. Protest kann als Indikator gesellschaftlicher Fehlentwicklungen dienen und gesellschaftlichen Wandel bestärken und anstoßen. ■

Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Bonn 2019, online bestellbar für 5,00 € bei der Bundeszentrale für politische Bildung über QR-Code.

Über die Wirkung von Protestbewegungen

Liane Czeremin und Dennis Riffel

Ein Blick auf die Weltlage legt nahe, dass viele der größeren Protestbewegungen der vergangenen Jahre auf die politische Entscheidungsebene nur wenig Einfluss hatten. So führten die Großdemonstrationen gegen die AfD nach dem Geheimtreffen von Potsdam nicht dazu, dass die Partei anschließend signifikant an Wählerstimmen verlor. Fridays for Future wurde zu einer großen internationalen Bewegung, erreichte jedoch keinen Rückgang der weltweiten CO₂-Emissionen. Zwar haben einzelne Länder Gesetze verabschiedet und Initiativen ergriffen, etwa zum Ausbau erneuerbarer Energien. Angesichts zahlreicher Krisen und Kriege weist der Trend jedoch in eine andere Richtung.

Für die Friedensbewegung bilanzierte deren Vordenker Andreas Buro 2008 im Rückblick nüchtern: „Durchgehend ist zu beobachten, dass die Regierungspolitik im Sinne von parlamentarischen Beschlüssen und Regierungsentscheidungen durch die Aktivitäten der Friedensbewegung kaum beeinflusst worden ist – selbst dann nicht, wenn eine außerordentlich hohe Mobilisierung erreicht wurde. Eine deutliche Ausnahme ist die weltweite Kampagne gegen den Krieg der USA in Vietnam, in der jedoch die ‚Vasallenhaltung‘ Bonns bis zum bitteren Ende nicht verändert werden konnte. Eine zweite Ausnahme bezieht sich auf die Irak-Intervention von 2003.“

» ZUM BILD:

Großdemo gegen den NATO-Doppelbeschluss im Bonner Hofgarten 1981
Foto: Rob Bogaerts/Anefo



Lokale Wirkung

Differenzierter wird das Bild, wenn der Blick nicht auf die große Politik, sondern auf abgegrenzte Räume und die Einstellungen der Menschen gerichtet wird.

So hat das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in einer Studie analysiert, wie sich größere Proteste in Städten und Landkreisen auf das Wahlverhalten vor Ort auswirkten. Die Forschenden untersuchten dies in Bezug auf die Proteste nach dem Hanau-Attentat 2020 und auf die Demonstrationen nach Bekanntwerden des Potsdamer Geheimtreffens Anfang 2024.

Ein Ergebnis aus der Studie:

„Die Mobilisierung vor der Bundestagswahl 2021 erhöhte tatsächlich die Stimmenanteile der damals migrationsfreundlichen Partei der Grünen. In Kreisen oder kreisfreien Städten mit Protesten gewann die Partei über zwei Prozent Stimmen, was auf die Proteste zurückzuführen ist. Die AfD verzeichnete dagegen einen Rückgang um über ein Prozent.“

Bei der Europawahl 2024 zeigt sich ein anderes Bild. Auch hier senkten die Proteste den Stimmenanteil der AfD in den Orten, in denen sie stattfanden. Nur konnten die Grünen davon nicht mehr profitieren. WZB-Wissenschaftlerin Meret Stephan wird in einem Diskussionspapier zitiert:

„Die Grünen haben ihre Rolle als Verbündete der Antirassismus-Proteste in den Parlamenten verloren. Dies wurde teilweise auch so auf den Protesten kommuniziert und schlägt sich in den Wahlergebnissen nieder.“

Insgesamt kommen die Forschenden zu dem Schluss, dass Proteste Menschen grundsätzlich dazu bewegen können, ihr Wahlverhalten zu verändern.

Wirkung auf politische Einstellungen

Die Berliner Professorin für Positive Psychologie Judith Mangelsdorf sieht bei Protestbewegungen vor allem ein Potenzial, die Einstellungen junger Menschen zu beeinflussen. In einem Interview mit der Tagesschau aus dem Jahr 2024 benennt sie drei

» LITERATUR

Andreas Buro:

Friedensbewegung, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch.* Frankfurt am Main 2008.

Institute of Political Science, University of Heidelberg:

„How Dare You!“ – *The Influence of Fridays for Future on the Political Attitudes of Young Adults.* Heidelberg 2020, [online] <https://www.frontiersin.org/journals/political-science/articles/10.3389/fpos.2020.611139/full> [28.4.2026].

Ulli Engst, Dennis Riffel, Annalena Baasch (Hrsg.):

Protestgeschichte als Teil der Demokratiegeschichte. Die Rolle demokratischen Protests in der deutschen Geschichte. Berlin 2025, [online] https://gegen-vergessen.de/mediathek/4334/gvfd_protestgeschichte_web/ [28.4.2026].

Philipp Gassert:

Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart 2019.

Martin Langebach

(Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949–2020.* Bonn 2021.

WZB-Discussion Paper

vom 31.01.2025: *Proteste wirken,* [online] <https://www.wzb.eu/de/news/proteste-wirken> [28.4.2026].

Interview:

„Wenn die Hoffnung stirbt, stirbt jede Form von Aktivismus“, Tagesschau vom 31.5.2024, [online] <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheitspsychologie-demonstrationen-buergerbeteiligung-politische-aktivitaet-100.html> [28.4.2026].

Wirkungen von Protesten für mehr Klimaschutz: *„Sie sind vor allem ein starker Impulsgeber sowohl für die Menschen, die sich daran beteiligen, aber auch für den gesellschaftlichen Diskurs und die Politik. Wenn wir uns die Forschung dazu anschauen, dann sehen wir, dass sie politische Haltungen – beispielsweise gerade der jungen Generation – mitbestimmen.“*

Wir sehen aber auch – gerade wenn wir die großen Demonstrationen rund um die Klimakrise anschauen – eine größere und gewachsene globale Solidarität und einen stärkeren Zusammenhalt. Wenn wir auf den historischen Kontext schauen, sind diese Demonstrationen etwas, was weltweit eine Größenordnung erreicht hat, die fast einzigartig ist in der Geschichte unserer Welt.

Und das Dritte, das man nennen sollte, ist das Thema Optimismus. Das Zusammenkommen vieler Menschen, die sich unter einem Thema wiederfinden und damit versuchen, etwas im Großen zu bewirken, sorgt durchaus dafür, dass Menschen wieder optimistischer werden in Bezug auf die Zukunft und deren Gestaltung.“

Langfristige Wirkung

Oft zeigt sich die volle Wirkung von Protestbewegungen nicht sofort, sondern erst im weiteren historischen Verlauf. Andreas Buro ergänzte seine nüchterne Bilanz um einen positiven Aspekt. Er schreibt über die Friedensbewegung:

„Dass eine nationalistisch-militaristische gesellschaftliche Entwicklung nach 1945 bis zur Gegenwart vermieden werden konnte, ist wohl zu einem erheblichen Teil der Friedensbewegung zu verdanken. Sie konnte auch wesentlich dazu beitragen, dass militärgestützte Politik nicht einfach als ‚natürlich‘ und ‚alternativlos‘ hingenommen, sondern immer wieder kritisch hinterfragt wurde. Ferner gelang es oft, Verharmlosungs- und Vertuschungsversuche von Rüstungsentwicklungen und militärischen Strategien zu konterkarieren und der Öffentlichkeit das Ausmaß der Bedrohung vor Augen zu führen. Ein großes Verdienst liegt in der nachhaltigen Thematisierung von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung mit ihren weit reichenden Folgen.“

Der Friedensbewegung ist es ebenso wie anderen sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, die in den 1970er und 1980er Jahren entstanden, gelungen, die Gesellschaft soziokulturell und mental in Bewegung zu bringen und zum Nachdenken anzuregen, wie der Historiker Philipp Gassert feststellt. Langfristig betrachtet spielten sie eine entscheidende Rolle im gesellschaftlichen Wandel: Sie schufen Bewusstsein für ihre

Themen, stießen entsprechende Diskurse an und forderten konkrete Veränderungen, von denen viele jedoch erst mit jahrelanger Verzögerung und fast nie eins zu eins umgesetzt wurden. Ein Ziel dieser Bewegungen wurde im Rückblick auf jeden Fall erreicht: die „Demokratisierung der Demokratie“, wie Philipp Gassert es nennt. Dazu gehört beispielsweise, dass Minderheiten wie Schwule und Lesben, aber auch die in Deutschland lebenden Sinti und Roma sowie andere marginalisierte Gruppen im Laufe der Jahrzehnte durch unterschiedliche Protestformen nicht eingelöste Freiheits- und Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes einforderten und dabei auch das gesamtgesellschaftliche Klima nachhaltig veränderten.

Aus historischer Perspektive lohnt es sich, die komplexe Wechselwirkung von Protestbewegungen, etablierten Institutionen und demokratischer Gesellschaft langfristig zu betrachten. Dabei zeigt sich, dass es Protestbewegungen häufig gelingt, sowohl bestehende Institutionen zu verändern als auch neue zu schaffen. Ein Beispiel dafür ist das Feld der Konfliktbearbeitung: Geprägt von der Friedensbewegung wurden neue Instrumente, Organisationen und Methoden entwickelt, um Konflikte im In- und Ausland friedlich zu bearbeiten.

Ein anderes Beispiel, das eng mit dem Anliegen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbunden ist, betrifft die Erinnerungskultur. Die meisten der großen, aber auch zahlreiche kleine Gedenkstätten in Deutschland entstanden zunächst aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich vor Ort gegen erhebliche Widerstände dafür das Erinnern an NS-Verbrechen einsetzten. Auch die Geschichtswerkstätten der 1980er Jahre mit ihrem Motto „Grabe, wo du stehst“ gehörten zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Dieser Protest „gegen das Vergessen“ der NS-Geschichte etablierte in Deutschland eine neue Form der Erinnerungsarbeit, die erst viel später staatlich gefördert und institutionell getragen wurde.

Auch dieses Beispiel verdeutlicht, dass in der Demokratie mit den Mitteln des Protests um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird – und dass daraus Veränderungen entstehen können, die nicht immer beabsichtigt sind, aber langfristig wirksam werden. Um noch einmal Philipp Gassert zu zitieren: *„Protest interagiert mit gesellschaftlichem Wandel, Protestbewegungen stehen nicht außerhalb der Gesellschaft.“* ■

Polizei, Protest und demokratische Verantwortung



ZUM BILD:

Dialograum-Ausstellung der Polizeiakademie Niedersachsen.
Foto: Polizeiakademie Niedersachsen

Eine Besucherin des Evangelischen Kirchentages 2025 in Hannover bleibt lachend vor einem Bild stehen und neigt den Kopf. „Das bin ich“, sagt sie ohne Zögern – mit Freude und fast ein bisschen stolz. Das Foto zeigt sie während einer Sitzblockade der Proteste „Bunt statt braun“ in Bad Nenndorf. Sofort beginnt sie zu erzählen: von der Motivation, damals auf die Straße zu gehen, vom Sportverein, der sich engagieren wollte, und von dem Gefühl, nicht zu wissen, wie weit sie gehen können. Zwei Polizisten im Kommunikationsraum steigen in das Gespräch ein und innerhalb weniger Sekunden entsteht eine offene Unterhaltung über Protest, Verantwortung und demokratische Teilhabe. Der Moment zeigt eindrücklich, wie schnell ein Themenraum zum Dialog- und Annäherungsort werden kann.

Die Polizei als demokratische Institution

Die Polizei ist nicht nur für die öffentliche Sicherheit zuständig, sondern ein zentraler Teil der demokratischen Infrastruktur. Sie schützt Leben, Freiheit und Grundrechte, sorgt für Ordnung und steht zugleich im Spannungsfeld zwischen Schutz und Eingriff. Daraus erwächst eine doppelte Verantwortung: die Demokratie zu sichern und sich selbst an ihren Werten messen zu lassen.

Warum es Dialogräume braucht

Gerade bei Protesten prallen Interessen, Emotionen und Erwartungen aufeinander. Die Polizei ermöglicht Versammlungsfreiheit und greift ausgleichend ein, wenn nötig, auch mit Gewalt. Solche Spannungen lassen sich nur verstehen, wenn Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Genau hier setzt der Kommunikationsraum an: als gestalteter Ort für Austausch, Reflexion und Perspektivwechsel – jenseits des unmittelbaren Einsatzgeschehens.

Der Kommunikationsraum: Idee und Format

Der Kommunikationsraum ist Teil der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ der Polizeiakademie Niedersachsen. Ziel ist es, demokratische Kompetenzen innerhalb der Polizei zu stärken und den Di-

alog mit der Zivilgesellschaft zu fördern. Demokratiearbeit ist kein Zusatz, sondern Kern polizeilichen Handelns. Der Raum macht dieses Selbstverständnis sichtbar und erlebbar. Zugleich ist er mobil, niedrigschwellig und modular einsetzbar.

Er besteht aus mehreren Leuchtrahmen, die einen offenen Kubus bilden. Großformatige Bilder, wenige Texte und Impulsfragen laden zum Verweilen und Diskutieren ein. Statt Vortrag oder Infostand entsteht ein Erfahrungsraum, in dem Gespräche angestoßen werden.

Thema: Polizei und Protest

Das erste Thema lautet „Polizei und Protest – wie viel Polizeischutz braucht die Demokratie?“. Ausgangspunkt ist das Protestgeschehen „Bunt statt braun“ in Bad Nenndorf, das sich seit 2006 gegen die dort veranstalteten neonazistischen „Trauermärsche“ richtet. Zwei Fotografien zeigen die Spannung zwischen Gegendemonstrierenden und Polizei: friedliche Blockaden, konfrontative Situationen, Schutz der Grundrechte auf allen Seiten. Die Bilder werfen Fragen auf: Wie wird eine solche Zuspitzung von Polizistinnen und Polizisten erlebt? Wie von Demonstrierenden? Wo liegen die Grenzen zwischen Freiheit und Ordnung?

Erprobung auf dem Kirchentag

Erstmals wurde das Modul auf dem Kirchentag 2025 in Hannover eingesetzt. Tausende Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit zum Gespräch. Studierende, Einsatzkräfte, Verwaltungsmitarbeitende und Demokratiepät*innen der Polizei kamen mit Menschen aller Altersgruppen über Vertrauen, Kritik, Verantwortung und den Umgang mit Protest ins Gespräch. Die Resonanz war offen, kritisch und zugleich respektvoll.

Ein Werkzeug für die Demokratiearbeit

Künftig soll der Kommunikationsraum landesweit von Demokratiepät*innen in Fortbildungen, Workshops und öffentlichen Veranstaltungen eingesetzt werden. Er dient als praktisches Werkzeug, um Demokratiearbeit anschaulich und erfahrbar zu machen.

Demokratie braucht Vertrauen

Der Kommunikationsraum steht für eine Polizei, die nicht nur handelt, sondern auch zuhört, lernt und erklärt. Eine Polizei, die weiß: Legitimität entsteht in der Demokratie nicht durch Macht, sondern durch Vertrauen. ■

Maren Albers, Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte/Polizeimuseum an der Polizeiakademie Niedersachsen

HINWEIS:

Mehr Informationen:



Das Gorleben Archiv – Protestgeschichte lebendig vermitteln

Was in den 1970er Jahren in Gorleben als Plan für ein Nukleares Entsorgungszentrum begann, entwickelte sich über Jahrzehnte zu einer der bekanntesten Protestgeschichten der Bundesrepublik. Bis heute gilt sie als eindrucksvolles Beispiel dafür, wie eine engagierte Zivilgesellschaft mit Ausdauer, Beharrlichkeit und unterschiedlichen Formen der Beteiligung Einfluss nehmen kann.

Damit diese jüngere Zeitgeschichte nicht nur im Archiv bleibt, sondern auch für ein breiteres Publikum greifbar wird, hat das Gorleben-Archiv im vergangenen Jahr ein Projekt umgesetzt, das von der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte gefördert wurde. Der Bezug zur Gegenwart ist dabei unmittelbar: Viele Menschen erinnern sich noch an die Proteste, und zahlreiche Zeitzeug:innen können ihre Erfahrungen teilen.

Drei Bausteine für die Bildungsarbeit

Das Projekt setzte an drei Stellen an. Zunächst entwickelte das Archiv ein neues didaktisches Konzept für jüngere Besuchergruppen. Dabei wurde untersucht, wer das Archiv besucht, welches Vorwissen die Gruppen mitbringen und welche Angebote sich daraus ableiten lassen.

Im zweiten Schritt entstanden in Arbeitsgruppen Informationstafeln zu zehn Orten. Dafür wurden Standorte festgelegt, Materialien recherchiert, Bilder ausgewählt und Texte formuliert. Jede Tafel wurde mit einem QR-Code versehen, der zu weiterführenden Informationen, Themen und Materialien führt. Im Folgeprojekt sollen zehn weitere Tafeln entstehen, die gemeinsam mit dem Naturpark Wendland.Elbe als Radwanderoute und Ausflugsziel vermarktet werden.

Der dritte Baustein entstand in Zusammenarbeit mit Monika Rox-Helmer, Geschichtsdidaktikerin an der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen. Im Wintersemester 2024/25 wurden didaktische *Dos and*

Don'ts für die Behandlung des Themas im Unterricht erarbeitet und erste Entwürfe für Unterrichtsmaterial entwickelt. Im Sommersemester 2025 arbeiteten Studierende in Gruppen an weiteren Materialien. Das Archiv stellte dafür das fachliche Hintergrundwissen sowie geeignete Quellen bereit, während Monika Rox-Helmer die didaktische Begleitung übernahm.

Den praktischen Abschluss bildete ein Projekttag an der JLU Gießen in Kooperation mit der Gesamtschule Gießen-Ost. Eine achte Klasse verbrachte einen ganzen Schultag auf dem Campus. Schon der Einstieg sorgte für Irritation: Im Flur ertönte eine Radiodurchsage mit der Nachricht, Gießen werde Standort für Deutschlands Atommüll-Endlager. Genau dieser überraschende Moment bot Anlass, Vorwissen und erste Reaktionen im Gespräch sichtbar zu machen.

Im Seminarraum griffen die Studierenden diesen Einstieg auf und stellten einen Bezug zum einst geplanten Endlager im Gorlebener Salzstock her. Ein Zeitstrahl machte die jahrzehntelangen Proteste anschaulich und ordnete sie historisch ein. Danach arbeiteten die Schüler:innen in Kleingruppen weiter – die einen zu Protestplakaten, die anderen zur Atomkraftgegnerin Marianne Fritzen, die dritte Gruppe untersuchte die Beweggründe der Protestierenden anhand von Zeitzeug:innen-Interviews. Die Lehrkräfte, Monika Rox-Helmer und die Projektleitung des Archivs begleiteten die Arbeitsphasen und bekamen so einen Einblick in die unterschiedlichen Zugänge der Gruppen.

Am Ende des Tages präsentierten die Gruppen ihre Ergebnisse vor der gesamten Klasse mit selbst gestalteten Plakaten. Danach blieb noch Raum für Fragen an die Projektleitung des Archivs. Bevor der Projekttag endete, konnten die Schüler:innen außerdem Rückmeldung zu Materialien, Aufgabenstellungen und Ablauf geben. Dieses Feedback floss im Anschluss direkt in die Überarbeitung des Materials ein.

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, aus dem umfangreichen Material eine klare und didaktisch sinnvolle Auswahl zu treffen. Denn die inhaltlichen Zugänge sind vielfältig. Umso wichtiger ist eine Aufbereitung, die das Thema für jüngere Zielgruppen verständlich, ansprechend und lebendig macht. ■

Anna Gäde, Leiterin des Gorleben Archivs

ZUM BILD:

Das Gorleben Archiv,
Innenaufnahme
Foto: Kina Becker



Sprache als Protest: Parolen und Hashtags machen Konflikte sichtbar

Anastasia Gorokhova

Wer schon einmal demonstrieren war, kennt sie: Plakate mit Parolen. Manchmal charmant und witzig, manchmal direkt und kämpferisch, mal handgeschrieben, mal gedruckt. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, könnte man meinen. Doch je weniger demokratisch ein Land ist, desto geringer sind die Möglichkeiten offener politischer Kommunikation. Wie aber funktioniert Protest unter solchen Bedingungen? Und was genau ist eigentlich die „Sprache des Protests“?

» ZUM BILD:

Der Hashtag #MeToo als Protestzeichen gegen sexuelle Gewalt.
Foto: Alec Perkins /Wikipedia



In der Forschung gilt Protest längst nicht mehr nur als spontane Empörung auf der Straße, sondern als eigenständige Form politischer Kommunikation. Der Soziologe und Protestforscher Dieter Rucht versteht Protest als politische Beteiligung, die gesellschaftliche Probleme auf die öffentliche Agenda bringen kann, wenn etablierte politische Kanäle nicht ausreichen. Demonstrationen, Kampagnen oder digitale Aktionen seien dabei immer auch Kommunikationsformen, die sich nicht nur an die Politik, sondern auch an die Gesellschaft richten.

Parolen, Slogans, Hashtags

Ein zentrales Instrument ist dabei die Sprache: Parolen, Slogans und Hashtags verdichten komplexe politische Forderungen und bringen sie in wenigen Worten auf den Punkt. Studien aus der Bewegungsforschung zeigen, dass erfolgreiche Protestparolen oft bewusst offen formuliert sind. Die Soziologen David. A. Snow und Robert Benford schreiben, dass wirksame Protestbotschaften sogenannte „Frames“ schaffen: Sie benennen ein Problem und rufen zum Handeln auf, bleiben aber so allgemein, dass sich unterschiedliche Gruppen mit derselben Botschaft identifizieren können.

Ein bekanntes historisches Beispiel aus Deutschland ist die Parole „Wir sind das Volk“, die während der Friedlichen Revolution 1989 auf Demonstrationen in der DDR skandiert wurde und auf Schildern und Plakaten stand. In diesen vier Worten verdichtet sich ein grundlegender demokratischer Anspruch: Politische Legitimität sollte nicht „von oben“, also von einer Staatspartei, sondern „von unten“, also von den Bürger:innen ausgehen. So machte die Parole eine längst überfällige politische Forderung hörbar und wurde zum Symbol einer ganzen Bewegung.

Russland, Iran, China: Wie funktionieren Parolen in autoritären Regimen?

Doch Protestsprache besteht nicht nur aus Parolen. Die Protestforschung zeigt, dass Aktivist:innen über ein breites kommunikatives Repertoire verfügen: Humor, Ironie, Metaphern und visuelle Symbole. Solche Ausdrucksformen können politische Botschaften zugänglicher machen – auch dort, wo sie offiziell nicht mehr offen geäußert werden dürfen. Die im

» ZU DEN BILDERN:

o.l.: Gedenktafel am Alexanderplatz (Berlin-Mitte) „Wir sind das Volk“
Foto: OTFW, Wikipedia

o.r.: Protest in China mit weißem Papier.
Foto: Wikipedia

u.l.: Schwanensee-Graffitis als Protestsymbol in Russland.
Foto: Instagram

u.r.: Protestslogan:
Frau – Freiheit – Leben
Foto: Instagram



Pariser Exil lebende russische Anthropologin Alexandra Arkhipova beschäftigt sich seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit der „Sprache des Protests“ in Putinrussland. Von Antikriegsparolen auf Geldscheinen bis hin zu in Städten versteckten Peacezeichen oder Graffitis tanzender Schwäne – einer Anspielung auf Tschaikowskis „Sterbenden Schwan“ und damit auf den Tod des Diktators – reicht das Repertoire des Protests unter autoritären Bedingungen. Die Urheber:innen solcher kreativen Chiffren bezeichnet Arkhipova als „semiotische Partisanen“. Solche Formen der Kritik an politischen Entscheidungen oder an einem politischen System können neue Unterstützer:innen erreichen und selbst im Kleinen der Propaganda etwas entgegensetzen.

Im Zuge der Proteste im Iran wurde er weltweit zum Symbol eines umfassenden politischen Aufbruchs.

Mit der Digitalisierung hat sich auch die Sprache des Protests verändert. Forschungen zum digitalen Aktivismus zeigen, dass soziale Bewegungen zunehmend mit Hashtags, Memes und Bildern arbeiten. Ein bekanntes Beispiel ist #MeToo, die Bewegung gegen Gewalt und sexuelle Belästigung, die 2017 weltweit große Aufmerksamkeit erhielt. Allein im ersten Jahr wurde der Hashtag auf Twitter mehr als 19 Millionen Mal verwendet. Insgesamt kam die Debatte auf über 40 Millionen Erwähnungen in sozialen Medien.

» LITERATUR

Zappavina, Michele
2011: *Ambient affiliation: A linguistic perspective on Twitter*.
2012: *Discourse of Twitter and Social Media: How We Use Language to Create Affiliation on the Web*.

Snow, David. A; Benford, Robert D.
1988: *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*, in: *International Social Movement Research 1* (1988), S. 197–217.
1992: *Master Frames and Cycles of Protest*.

Opp, Karl-Dieter; Voss, Peter; Gern, Christiane
1995: *Origins of a Spontaneous Revolution: East Germany 1989*.

Rucht, Dieter
2004: *Die Analyse sozialer Bewegungen*.
2011: *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*.

Slogan mit Geschichte

Auch in anderen autoritären Staaten greifen Protestierende zu kreativen Ausdrucksformen: In China hielten Demonstrierende bei den Protesten gegen die strikte Corona-Politik 2022 leere weiße Blätter hoch – als Symbol für all das, was im öffentlichen Raum nicht gesagt werden darf. Auch im Iran spielte Sprache eine zentrale Rolle. Bei den Protesten nach dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam, nachdem ihr vorgeworfen worden war, ihren Hidschab nicht „ordnungsgemäß“ getragen zu haben, verbreitete sich die Parole „Jin, Jiyan, Azadi“, („Frau, Leben, Freiheit“). Der Slogan stammt aus der kurdischen Frauenbewegung und verbreitete sich seit dem späten 20. Jahrhundert in verschiedenen Protestkontexten.

Hashtags funktionieren international

Durch Hashtags können politische Botschaften schneller denn je und über nationale Grenzen hinweg verbreitet werden. Die australische Linguistin Michele Zappavigna beschreibt sie als Ausdruck von „ambient affiliation“, also als sprachliche Form, durch die sich Menschen in digitalen Räumen spontan um gemeinsame Themen und Haltungen versammeln können.

Die „Sprache des Protests“ ist also mehr als ein rhetorisches Stilmittel auf Plakaten, über das man schmunzelt oder das man fotografiert. In Parolen, Bildern und ironischen Codes verdichten sich gesellschaftliche Konflikte und politische Forderungen, die eine Gesellschaft aufrütteln können. Wer verstehen will, wie soziale Bewegungen entstehen und wirken, sollte daher auch die Ausdrucksformen des Protests in den Blick nehmen. ■



Anastasia Gorokhova ist Podcasterin, Journalistin und Co-Founderin des Medienprojekts @Berloga.Berlin.

Jugendprotest ist eine wichtige Form politischer Teilhabe

Anja Pauline Hartmann

Demokratie lebt davon, dass neue Generationen sich für sie einsetzen. Jedoch auch davon, dass bestehende Verhältnisse infrage gestellt und notwendige Veränderungen eingefordert werden. Demokratie wird immer wieder neu ausgehandelt – und Jugendprotest spielt dabei eine wichtige Rolle.

Ob in der Klimabewegung, beim Antirassismus oder im Einsatz für Bildungsreformen und mehr Mitspracherecht: Immer wieder stehen Jugendliche und junge Erwachsene an der Spitze sozialer und politischer Protestbewegungen und treiben sie voran.

Jugend und Demokratie

Junge Menschen müssen am längsten mit den Entscheidungen leben, die in der Gegenwart getroffen werden. Dennoch haben viele Jugendliche das Gefühl, nicht gehört zu werden und ihre Gegenwart und Zukunft nicht ausreichend mitgestalten zu können. Als politische Akteur:innen verfügen sie nur über begrenzte formale Beteiligungsrechte. So kann das Wahlrecht je nach Wahl und Bundesland erst ab 16 oder 18 Jahren ausgeübt werden. Auch das Recht auf Parteimitgliedschaft oder die Anmeldung von Demonstrationen ist teilweise an Altersgrenzen gebunden. Zudem sind jüngere Generationen auf institutioneller Ebene oft nur unzureichend repräsentiert.

Über Kleidung, Musik, Kunst, Petitionen oder Demonstrationen können junge Menschen ihre Betroffenheit, ihre Meinung und ihre Zukunftsängste, aber auch ihre Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung zum Ausdruck zu bringen.

Protest in all seinen verschiedenen Ausprägungen ist dagegen eine politische Ausdrucks- oder Beteiligungsform, die grundsätzlich allen offensteht. Über Kleidung, Musik, Kunst, Petitionen oder Demonstrationen können junge Menschen ihre Betroffenheit, ihre Meinung und ihre Zukunftsängste, aber auch ihre Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung zum Ausdruck zu bringen. Ihre Beteiligung an Protesten und sozialen wie politischen Bewegungen ist daher wichtig für eine lebendige und zukunftsorientierte Demokratie, in der alle die Chance haben, gehört zu werden.

Historische Beispiele des Jugendprotests

Dass junge Menschen bei Protestbewegungen an vorderster Front mitwirken, ist keineswegs ein neues Phänomen.

ZUM BILD:

Transparent auf einer Fridays for Future-Demonstration am 27. September 2019 in Erfurt
Foto: Tobias Möriz/ Wikimedia



LITERATUR

Protest als Ressource?
| Jugend und Protest |
bpb.de:



Jugendopposition im Nationalsozialismus

Zur Zeit des Nationalsozialismus war beispielsweise die rebellierende Swingjugend in deutschen Großstädten aktiv. Auch andere bekannte oppositionelle Gruppen wie die „Edelweißpiraten“ und die „Weiße Rose“ setzten sich überwiegend aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammen. Während der Widerstand der „Weißen Rose“ gegen das NS-Regime ausdrücklich politisch motiviert war, ging es der Swingjugend und den „Edelweißpiraten“ vor allem darum, eine eigene Jugendkultur und Identität frei leben zu können.

Jugendprotest im geteilten Deutschland

Auch in der Nachkriegszeit traten Jugendkulturen immer wieder als Träger sozialer und kultureller Bewegungen sowie politischer Proteste hervor.

In den 1950er Jahren kam es in beiden deutschen Staaten zu Protesten und Unruhen, an denen Jugendliche maßgeblich beteiligt waren. Die „Halbstarken-Krawalle“ in der Bundesrepublik sowie Proteste gegen politische Bevormundung und kulturelle Kontrolle in der DDR waren Ausdruck jugendlicher Rebellion.

Weltweite Jugendproteste kennzeichneten die späten 1960er und frühen 1970er Jahre. In Deutschland äußerten sich die Wut über undemokratische Strukturen, den Vietnamkrieg, die fehlende Aufarbeitung des Nationalsozialismus, staatlichen Anpassungsdruck und gesellschaftliche Zwänge sowie der Wunsch nach mehr politischer Teilhabe und kultureller Freiheit etwa im Aufbegehren der Leipziger Beatzene 1965 oder im Sternmarsch auf Bonn 1968.

Protest ermöglicht Menschen nicht nur politische Teilhabe, öffentlichkeitswirksame Meinungsäußerung und gesellschaftliche Mitgestaltung.

Junge Menschen in der DDR engagierten sich zudem in kirchlichen Jugendgruppen, in der Friedens- und Umweltbewegung und leisteten in den späten 1980er Jahren einen wichtigen Beitrag zur Friedlichen Revolution.

Was wir aus Protest lernen können

Protest ermöglicht Menschen nicht nur politische Teilhabe, öffentlichkeitswirksame Meinungsäußerung und gesellschaftliche Mitgestaltung. Kulturelle, soziale und politische Bewegungen sind zugleich informelle Lernräume, in denen demokratische Kompetenzen auch jenseits des Wahlrechts erworben werden.

Der Kontakt mit verschiedenen Meinungen und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen einer Bewegung können die Urteilsbildung fördern. Auch Fähigkeiten wie Organisation, Kommunikation und Medienkompetenz werden durch das Engagement, etwa in zivilgesellschaftlichen Vereinen, gestärkt. Die Beteiligung an einer (Protest-)Bewegung kann außerdem den konstruktiven Umgang mit Konflikten trainieren und Selbstwirksamkeit erfahrbar machen – also das Vertrauen, mit dem eigenen Handeln etwas bewirken zu können. ■

Anja Pauline Hartmann ist Historikerin und war als studentische Hilfskraft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

DANK

Im Rahmen der Spendenaktion 2025, in der Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. um Ihre finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Trainings und Workshops für konstruktive Kommunikation bat, haben wir **34.016,00 Euro** eingenommen.

Ein großes Dankeschön allen Spenderinnen und Spendern!

Anlassspenden: In den zurückliegenden Monaten erhielten wir verschiedene Anlassspenden. Dafür sagen wir den Initiatoren sowie den Spenderinnen und Spendern von Herzen DANKE!

Spenden statt Schenken: Geburtstagsspende Claus Lock (Berlin), Geburtstagsspende Esther Hünnekens (Münster)

Kondolenzspenden: Kondolenzspende Klaus Jacobs (Köln)



Machen Sie mit! Mitglied werden und Mitgliedschaft verschenken

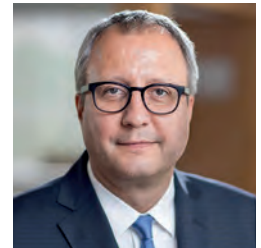
Demokratie ist wichtig. Aber nicht selbstverständlich!

Wir mischen uns in den politischen Diskurs ein und stärken das demokratische Zusammenleben in Vielfalt im Alltag. Für die großen Aufgaben, die gesamtgesellschaftlich vor uns liegen, brauchen wir Verbündete. Machen Sie mit und geben Sie uns Ihr Mandat, indem Sie selbst Mitglied werden oder eine Mitgliedschaft für ein Jahr verschenken.

Sie können in der Regionalen Arbeitsgruppe Ihrer Region die ehrenamtliche praktische Arbeit vor Ort unterstützen und voranbringen. Falls Sie nur über wenig Zeit verfügen, freuen wir uns, wenn Sie dennoch Mitglied werden oder unsere Arbeit durch eine Geldspende unterstützen.

Sie und ich wissen: Eine gute Demokratie lebt nicht nur von guten Regeln. Sie lebt vor allem von engagierten Menschen. Lassen Sie uns im Zusammenwirken Fortschritte erzielen!

Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



« Hier können Sie online Mitglied werden oder eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie können uns auch jederzeit gern persönlich kontaktieren.

Wir freuen uns über Ihre E-Mail an info@gegen-vergessen.de oder über Ihren Anruf in der Berliner Geschäftsstelle unter der Festnetznummer **030 263 9783**.

Sie möchten gerne spenden?

Bankverbindung: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

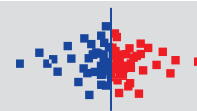
Sie möchten gerne online spenden?

Besuchen Sie: www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/ oder nutzen Sie den **QR-Code**. »



BEITRITTSERKLÄRUNG bitte in Druckschrift ausfüllen | *erforderliche Angaben

BEITRITTSERKLÄRUNG



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Persönliche Angaben

Vorname* | Nachname*

Firma | Organisation

Geburtsdatum

Beruf

Straße* | Haus-Nr.*

Postleitzahl* | Ort*

Telefon* | Telefax | Mobil

E-Mail*

Mitgliedsbeitrag

Jahresbeitrag 100 € Jahresbeitrag ermäßigt 30 €

Jahresbeitrag freiwillig 150 € 200 € 500 € €

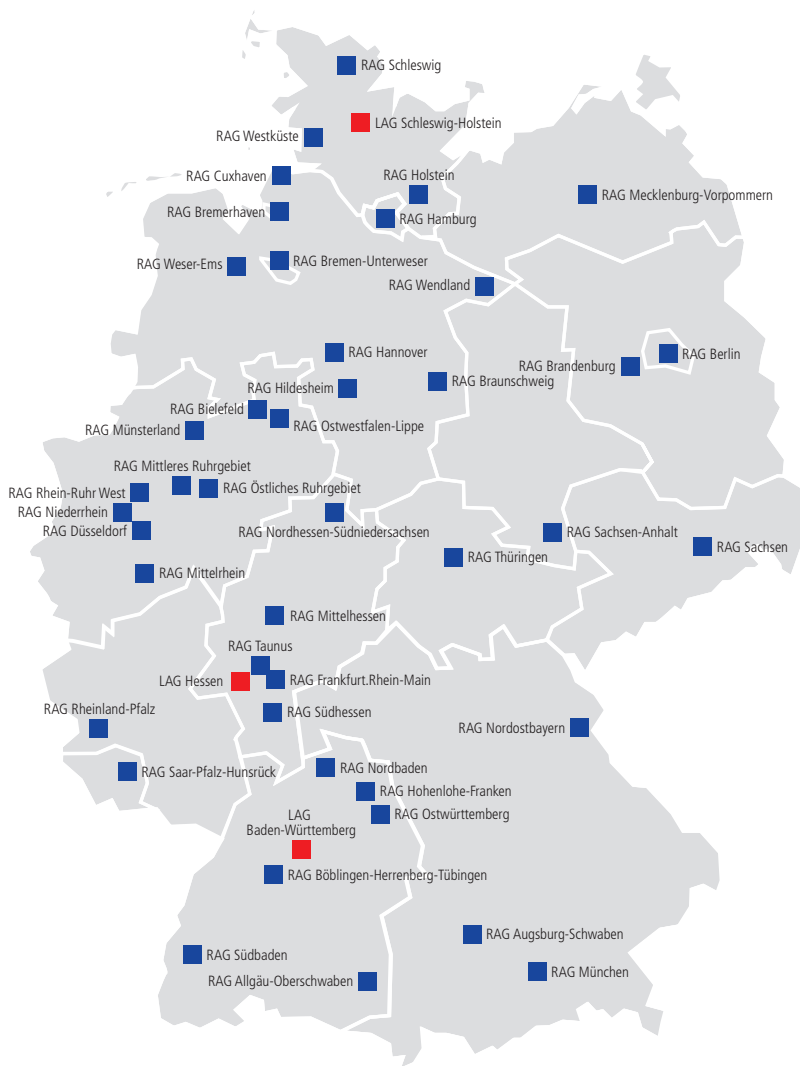
Ort* | Datum* | Unterschrift*

Beitrittserklärung und Datenverwendung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ich bin einverstanden, dass meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss und meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen. Meine Adressdaten und E-Mail-Adresse werden ausschließlich für Förderer-Service und -Informationen über Aktivitäten des Vereins verwendet.

Wir sind da, wo Sie sind.



Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. finden Sie auch in den Städten und Regionen. Bundesweit. Und so wie jeder Ort seine eigenen Themen und Konflikte hat, so hat jede unserer **Regionalen Arbeitsgruppen** ein eigenes Profil – geprägt von Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten. Gerade im Kleinen können wir so eine große Wirkung entfalten.

Die mehr als **2.000 Mitglieder** in den 46 Regionalen Arbeitsgruppen (RAGs) und Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. realisieren rund 500 Veranstaltungen und Projekte im Jahr – und dies im Ehrenamt. Das Spektrum der Veranstaltungsformen und Initiativen ist dabei groß. In vielen Orten und Regionen Deutschlands werden Vorträge, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche, Filmvorführungen, Ausstellungen, Konzerte, Gedenkstättenfahrten oder Schülerprojekte angeboten.

Tragen Sie auch Ihre Projektidee in unsere Regionalen Arbeitsgruppen hinein, um sie gemeinsam weiterzuentwickeln. Bringen Sie sich mit Ihren Erfahrungen und Anregungen ein!

Und wenn es in Ihrer Region noch keine Regionale Arbeitsgruppe gibt, kontaktieren Sie uns!

– Sicher und DSGVO-konform dank Fundraisingbox –

Bankverbindung

Kontoinhaber(in)*	<input type="text"/>	Name der Bank*	<input type="text"/>
IBAN-Nummer*	<input type="text"/>	BIC-Code*	<input type="text"/>
Einzugsermächtigung*	Für die Abbuchung des ums. def. Jahresbeitrages erteile ich Ihnen die Einzugsermächtigung vom genannten Konto.		
Ort* Datum* Unterschrift*	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

06/2026

Absenderzeile:

ANTWORTSCHREIBEN
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstraße 13–14
10785 Berlin



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13-14 · 10785 Berlin
Telefon: +49 30 2639 78-3 · Telefax: +49 30 2639 78-40
info@gegen-vergessen.de · www.gegen-vergessen.de

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Stellvertretende Vorsitzende: Iris Glicke, Christine Lieberknecht,
Cem Özdemir, Linda Teuteberg
Ehrenvorsitzender: Bundespräsident a.D. Joachim Gauck
Ehemalige Vorsitzende: Prof. Dr. Bernd Faulenbach (2015–2020),
Wolfgang Tiefensee (2012–2014), Dr. h.c. Joachim Gauck
(2003–2012), Dr. h.c. Hans Koschnick (2000–2003),
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993–2000)
Geschäftsführer: Dr. Michael Parak

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE45 3705 0198 0008 5517 07
BIC-/SWIFT-Code: COLSDE33XXX

per Briefversand oder Fax an: 030 2639 78-40